

Antrag an die Mitgliederversammlung des Grünen Kreisverbandes Augsburg.

Antragsteller: Peter Rauscher

Flugplatzheide retten, Bebauungspläne stoppen!

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Kreisverband Augsburg-Stadt fordert den Erhalt des gesamten verbliebenen Restes der Augsburger Flugplatzheide sowie die Unterschutzstellung der gesamten Biotopfläche. Der Freistaat Bayern als Eigentümerin der Fläche wird aufgefordert auf eine Bebauung der Flugplatzheide zu verzichten und die Unterschutzstellung der gesamten noch übrigen Fläche in die Wege zu leiten. Es ist nach alternativen, besser geeigneten Flächen zu suchen, ein Leerstandskataster zu nutzen und der Weg der Einbindung in neue Baugebiete zu wählen – Integration statt Segregation!

Begründung: Die dem Freistaat Bayern gehörende Fläche ist eine Restfläche von nur noch 2 Prozent der ursprünglichen Flugplatzheide und eine der wertvollsten innerstädtischen Biotopflächen in Bayern. Anfang des Jahres wurde eine Bebauung im Rahmen des „Wohnungspakts Bayern - mehr Wohnungen für alle - Sofortprogramm für anerkannte Flüchtlinge“ durch den Freistaat Bayern ins Spiel gebracht.

Aufgrund des Versagens der Staatsregierung, ausreichend Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen, haben sich kurzfristig Naturschützer*innen auf einen Kompromiss einer weiteren Teilbebauung verständigt um der Wohnungsnot und der Solidarität nicht im Wege zu stehen. Für uns Grüne war auch das ein harter Kompromiss, welchen man innerhalb der Stadtregierung und mit dem Freistaat als Bauherrin ausgelotet hat.

Im Gutachten von Dr. Klaus Kuhn vom Naturwissenschaftlichen Verein für Schwaben, welcher die noch verbliebene Restfläche von 8 Hektar der ursprünglichen 200 Hektar großen Fläche untersuchte, stellte sich heraus, dass die Fläche einen außergewöhnlichen Reichtum an seltenen Arten aufweist. Die Untersuchung ergab einen Artenreichtum welcher in dieser Bedeutung nur sehr selten auf innerstädtischen Flächen zu finden ist und naturschutzfachlich bayernweite Bedeutung hat. So wurden mehr als 85 bedrohte Pflanzenarten nachgewiesen die auf der Roten Liste gefährdeter Pflanzen in Bayern aufgelistet sind, einzelne sind akut vom Aussterben bedroht. Zudem wurde die Wichtigkeit als ökologische Verbindung zur Hochterrasse deutlich.

Aus integrationspolitischer Sicht ist dieses Bauvorhaben ebenfalls abzulehnen. So befindet sich dieses Gelände in einem Gewerbegebiet in dem es in unmittelbarer Nähe keine weitere Wohnbebauung, geschweige denn Einrichtungen des täglichen Lebens gibt, das ist nicht die Art der Integration wie wir sie uns vorstellen. 77 Wohneinheiten für 310 anerkannte Flüchtlinge auf der „Grünen Wiese“ sind Integrationspolitisch falsch und daher abzulehnen. Stattdessen sollten vorhandene freie Flächen und Leerstand in Gebieten, in denen Wohnbebauung üblich ist, anhand eines Leerstandskataster zügig ermittelt und angekauft werden. Kleinere Wohneinheiten sind zu wählen und auf soziale Durchmischung der Gebiete ist zu achten, damit keine neuen sozialen Brennpunkte entstehen und Integration ermöglicht wird.

Beschlossen auf der Stadtversammlung am 19.10.2016